

Tamedia

Abstimmungsumfrage



Tamedia Abstimmungsumfrage

Eidgenössische Volksabstimmungen vom 25. November 2018

Auswertung 2. Umfragewelle

Sperrfrist: 31. Oktober, 6.00 Uhr

1 Zusammenfassung	3
2 Zustimmung zu den Vorlagen	6
3 Argumente	8
4 Unterstützung nach Parteien	11
5 Unterstützung nach Geschlecht	14
6 Unterstützung nach Alter	16
7 Unterstützung nach Sprachgruppen	19
8 Technische Details	22
9 Statistische Unschärfe	22
10 Modellbasierte oder designbasierte Umfragen?	23
11 Bisherige Umfragen und Vergleich mit Endergebnis	25

Projektkoordination: Daniel Waldmeier, daniel.waldmeier@20minuten.ch

Konzeption, Entwicklung & Durchführung: LeeWas GmbH,

Lucas Leemann, leemann@leewas.ch & Fabio Wasserfallen, wasserfallen@leewas.ch

Weiterführende Informationen zu den Tamedia Umfragen: www.tamedia.ch/umfragen

Generelle Informationen zu online und modellbasierten Umfrageanalysen: www.leewas.ch

© LeeWas GmbH und Tamedia AG, 2018



1 Tamedia-Abstimmungsumfrage: Weiterhin sagt eine Mehrheit Nein zur SBI

Die Selbstbestimmungsinitiative (SBI) der SVP hat weiterhin einen schweren Stand: 53 Prozent der Stimmberechtigten lehnen sie derzeit ab, 44 Prozent wollen Ja stimmen. Während sich bei der gesetzlichen Grundlage zur Überwachung von Versicherten ein Ja abzeichnet, ist das Rennen um die Hornkuh-Initiative offen.

Zürich, 31. Oktober 2018 – Die Schweizer Mediengruppe Tamedia hat auf ihren Newsportalen die zweite Welle der titelübergreifenden Umfrage im Vorfeld der eidgenössischen Abstimmung vom 25. November 2018 durchgeführt. 13'630 Personen aus der ganzen Schweiz haben am 25. und 26. Oktober 2018 online an der Umfrage teilgenommen. Der Fehlerbereich liegt bei 1,4 Prozentpunkten.

Nur SVP-Wähler mehrheitlich für die SBI

Im Kampf um die «fremden Richter» scheinen sich die Kampagnen von Gegnern und Befürwortern zu neutralisieren: Rund vier Wochen vor der Abstimmung sagen 44 Prozent Ja zur Vorlage, 53 Prozent lehnen sie ab. 3 Prozent machten keine Angaben zu ihren Stimmabsichten. Das Meinungsbild hat sich im Vergleich zur ersten Befragung von Anfang Oktober nicht signifikant verändert.

Die Konfliktlinie verläuft zwischen der SVP und dem Rest: 87 Prozent der SVP-Anhänger wollen das Verhältnis von Bundesverfassung und Völkerrecht mithilfe der Selbstbestimmungsinitiative regeln. Dagegen lehnen die Wähler der übrigen grösseren Parteien das Volksbegehren mehrheitlich ab. Am grössten ist die Zustimmung noch bei den FDP-Wählern (37 Prozent Ja). Am geringsten ist die Unterstützung bei der SP-Wählerschaft (12 Prozent Ja).

Für die Initiative spricht für eine Mehrheit der Befürworter in erster Linie das Argument, dass die Umsetzung von Volksentscheiden zentral für das Funktionieren unserer Demokratie sei. Viele Gegner der Initiative befürchten derweil, dass unter Umständen Verträge gekündigt werden müssen, die im Interesse der Schweiz seien.

Enges Rennen bei der Hornkuh-Initiative

Spannung verspricht die Ausgangslage bei der Hornkuh-Initiative: Eine knappe Mehrheit von 51 Prozent befürwortet derzeit Bundesbeiträge für Kühe und Ziegen mit Hörnern. 42 Prozent lehnen dies ab, während 7 Prozent keine Angaben zu ihren Stimmabsichten machten. Das wichtigste Argument für die Initiative ist aus Sicht der Befürworter, dass das Enthornen von Kälbern und Ziegen Tierquälerei sei. Als Argument gegen die Initiative wurde häufig genannt, dass Subventionen für diesen Zweck unnötig seien.

Weiter zeigt die Umfrage, dass die Hornkuh-Initiative bei Frauen auf etwas mehr Zuspruch stösst als bei Männern. Auch sind die 18- bis 34-Jährigen klar skeptischer als die Senioren. Mehrheitlich dafür sind neben den Wählern von SP und Grünen auch die SVP-Wähler. 54 Prozent der letzteren wollen ein Ja auf den Stimmzettel schreiben.



Sozialdetektiv-Gesetz auf Kurs

Deutlich in Front liegen schliesslich die Befürworter des Gesetzes zur Überwachung von Versicherten: 68 Prozent befürworten die Vorlage, nur 30 Prozent lehnen sie ab. Zwei Prozent machten keine Angaben zu ihren Stimmabsichten. Im Vergleich zur ersten Befragung konnte keines der Lager signifikant zulegen.

Eine klare Mehrheit der Anhänger der bürgerlichen Parteien spricht sich dafür aus, dass Sozialversicherungen wie die Invalidenversicherung bald wieder verdeckte Observationen durchführen dürfen. Eher skeptisch bleiben die Wähler von Grünen und SP: 58 beziehungsweise 60 Prozent lehnen die Vorlage ab.

Umfassende Tamedia-Abstimmungsumfragen

Die Tamedia-Abstimmungsumfragen werden in Zusammenarbeit mit der LeeWas GmbH der Politikwissenschaftler Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen durchgeführt. Sie gewichten die Umfragedaten nach demografischen, geografischen und politischen Variablen, sodass die Stichprobe der Struktur der Stimmbevölkerung entspricht. Die Resultate werden jeweils umgehend ausgewertet, damit die Tageszeitungen und Newsplattformen von Tamedia schweizweit rasch und fundiert darüber berichten können. Weitere Informationen sind unter www.tamedia.ch/umfragen abrufbar.

Beteiligte Tamedia Medien

Deutschschweiz: 20 Minuten, BZ Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, Sonntagszeitung und ZRZ Zürcher Regionalzeitungen;

Romandie: 20 minutes, 24 heures, Tribune de Genève und Le Matin/Le Matin Dimanche;

Tessin: 20 minuti

Kontakt

Roman Hess, Medienverantwortlicher Tamedia

+41 44 248 42 45, roman.hess@tamedia.ch



Über Tamedia

Tamedia ist die führende private Schweizer Mediengruppe. Die Digitalplattformen, Tages- und Wochenzeitungen und Zeitschriften von Tamedia bieten Überblick, Einordnung und Selektion. Das 1893 gegründete Unternehmen beschäftigt rund 3'700 Mitarbeitende in der Schweiz, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Israel, Luxemburg, Österreich und Serbien und ist seit 2000 an der Schweizer Börse kotiert.

Weitere Informationen zu Tamedia für Medienschaffende: www.tamedia.ch/de/gruppe/newsroom Im Newsroom unter Bilddatenbank stehen frei verfügbare aktuelle Bilder rund um Tamedia zum Herunterladen zur Verfügung, unter anderem Aufnahmen der Gebäude mit dem seit Januar 2017 eingesetzten Logo. www.tamedia.ch

Technische Eckdaten

Die folgenden Resultate basieren auf 13'630 nach demographischen, geographischen und politischen Variablen gewichteten Antworten von UmfrageteilnehmerInnen (10'137 aus der Deutschschweiz, 2'960 aus der Romandie und 533 aus dem Tessin).

- Umfragetag: 25. – 26. Oktober 2018
- Auswertungsdatum: 26. – 29. Oktober 2018
- Stichproben-Fehlerbereich: $\pm 1.4\%$ Punkte (für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe). Bei Subanalysen ist der korrekte Fehlerbereich in der Tabelle angegeben.



2 Zustimmung zu den Vorlagen

Tabelle 1: Werden Sie für die Hornkuh-Initiative stimmen?

	%
Ja	38
Eher Ja	13
Eher Nein	10
Nein	32
Keine Angabe	7

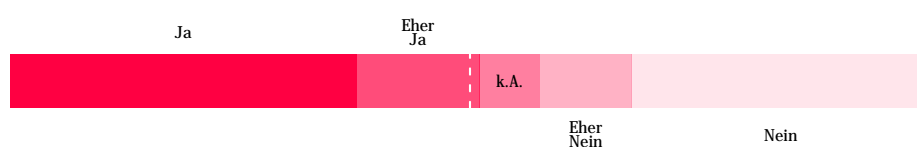


Tabelle 2: Werden Sie für die Selbstbestimmungs-Initiative stimmen?

	%
Ja	40
Eher Ja	4
Eher Nein	5
Nein	48
Keine Angabe	3

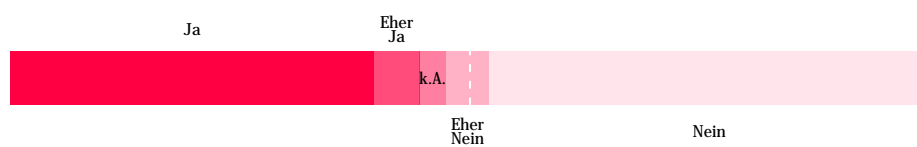


Tabelle 3: Werden Sie für das Gesetz zur Überwachung von Versicherten stimmen?

	%
Ja	58
Eher Ja	10
Eher Nein	6
Nein	24
Keine Angabe	2



3 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter oder die Gegner einer Vorlage berechnet.

Tabelle 4: Welches Argument spricht am ehesten für die Hornkuh-Initiative?

	%
Das Enthornen von Kälbern und Ziegen ist Tierquälerei.	53
Die Initiative schafft Anreize für die Bauern und lässt ihnen die freie Wahl. Ein Verbot der Enthornung gibt es nicht.	20
Der Mehraufwand für die Haltung von Tieren mit Hörnern ist fair zu entschädigen.	14
Die Vorlage lässt sich im Rahmen der Tierwohlprogramme des Bundes umsetzen und die Kosten sind überschaubar.	10
Ein anderes.	2
Keines.	1

Tabelle 5: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Hornkuh-Initiative?

	%
Subventionen für diesen Zweck sind unnötig.	50
Tiere mit Hörnern können sich gegenseitig, aber auch Menschen verletzen.	21
Der Bund müsste bis zu 30 Millionen Franken pro Jahr einsetzen. Das führt zu Kürzungen bei anderen Bereichen der Landwirtschaft.	14
Das Enthornen beeinträchtigt das Tierwohl nicht übermässig.	7
Ein anderes.	6
Keines.	2

Tabelle 6: Welches Argument spricht am ehesten für die Selbstbestimmungs-Initiative?

	%
Dass Volksentscheide respektiert und umgesetzt werden, ist zentral für das Funktionieren unserer Demokratie.	52
Internationale Gremien und Behörden weiten den Geltungsbereich internationaler Verträge immer weiter aus, was unsere Souveränität und Volksrechte gefährdet.	24
Fremde Richter sollen nicht Schweizer Recht umstossen können.	19
Jeden Vertrag sollte man neu verhandeln und anpassen können.	4
Ein anderes.	1
Keines.	0

Tabelle 7: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Selbstbestimmungs-Initiative?

	%
Die Schweiz entscheidet schon heute selbst, welche internationalen Verträge sie abschliesst. Zudem müssten unter Umständen Verträge gekündigt werden, die weiterhin im Interesse der Schweiz sind.	44
Die Initiative schwächt den Schutz der Menschenrechte.	24
Gibt es einen Konflikt zwischen der Verfassung und dem Völkerrecht, werden heute in einem demokratischen Prozess gute Lösungen gefunden.	15
Die Initiative ist unklar formuliert und würde zu grosser Rechtsunsicherheit führen.	14
Ein anderes.	2
Keines.	1

Tabelle 8: Welches Argument spricht am ehesten für das Gesetz zur Überwachung von Versicherten?

	%
Eine effektive Missbrauchsbekämpfung ist im Sinne der ehrlichen Versicherten, die sonst unter Generalverdacht gestellt werden.	43
Die Überwachung erlaubt eine effektive Missbrauchsbekämpfung.	40
Der Einsatz von Detektiven war jahrelang Praxis, jetzt wird er einfach auf eine saubere gesetzliche Grundlage gestellt.	10
Das Gesetz setzt enge Grenzen und schützt Versicherte vor willkürlichen oder unverhältnismässigen Observationen.	5
Ein anderes	1
Keines.	1

Tabelle 9: Welches Argument spricht am ehesten gegen das Gesetz zur Überwachung von Versicherten?

	%
Das Gesetz verletzt die Privatsphäre von uns allen und ist eine Gefahr für den Rechtsstaat.	46
Missbrauch bei Sozialversicherungen kann die Justiz schon heute strafrechtlich verfolgen.	26
Die Detektive hätten mehr Kompetenzen als die Polizei und dürften sogar ins Wohnzimmer filmen.	15
Sozialversicherungen verlangen einen Blankocheck für die Überwachung von Versicherten.	10
Ein anderes.	1
Keines.	2

4 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 10: Werden Sie für die Hornkuh-Initiative stimmen?

	FDP	CVP	SP	SVP	GPS	BDP	GLP
Ja	27	31	42	42	50	38	33
Eher Ja	11	14	16	12	14	14	15
Eher Nein	11	10	9	9	12	11	14
Nein	46	39	24	32	16	31	31
Keine Angabe	5	6	9	5	8	6	7
Statistische Unschärfe (±)	3	5	3	3	5	7	6

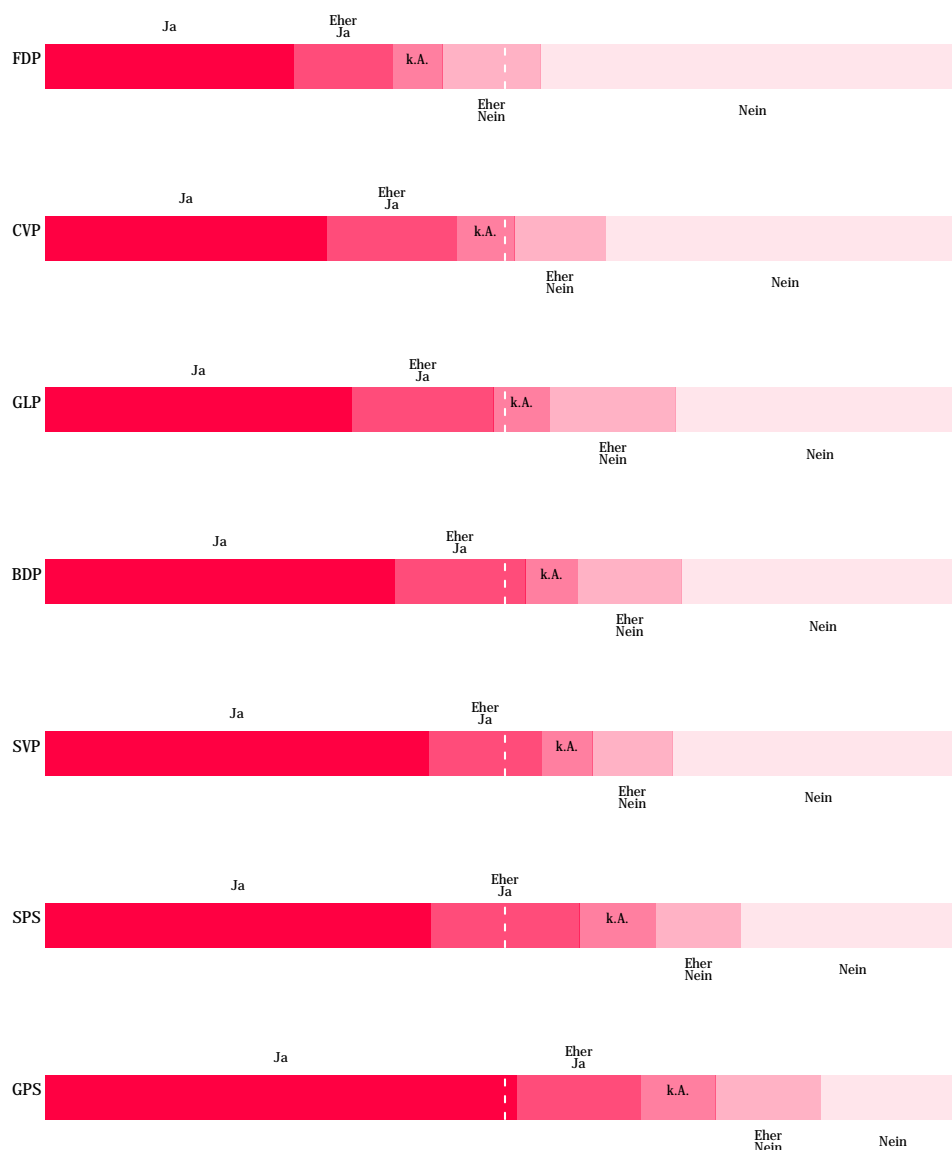


Tabelle 11: Werden Sie für die Selbstbestimmungs-Initiative stimmen?

	FDP	CVP	SP	SVP	GPS	BDP	GLP
Ja	30	21	10	82	10	21	13
Eher Ja	7	6	2	5	3	8	3
Eher Nein	7	5	3	3	5	6	6
Nein	52	64	83	7	80	59	76
Keine Angabe	4	4	2	3	2	6	2
Statistische Unschärfe (±)	3	5	3	3	5	7	6

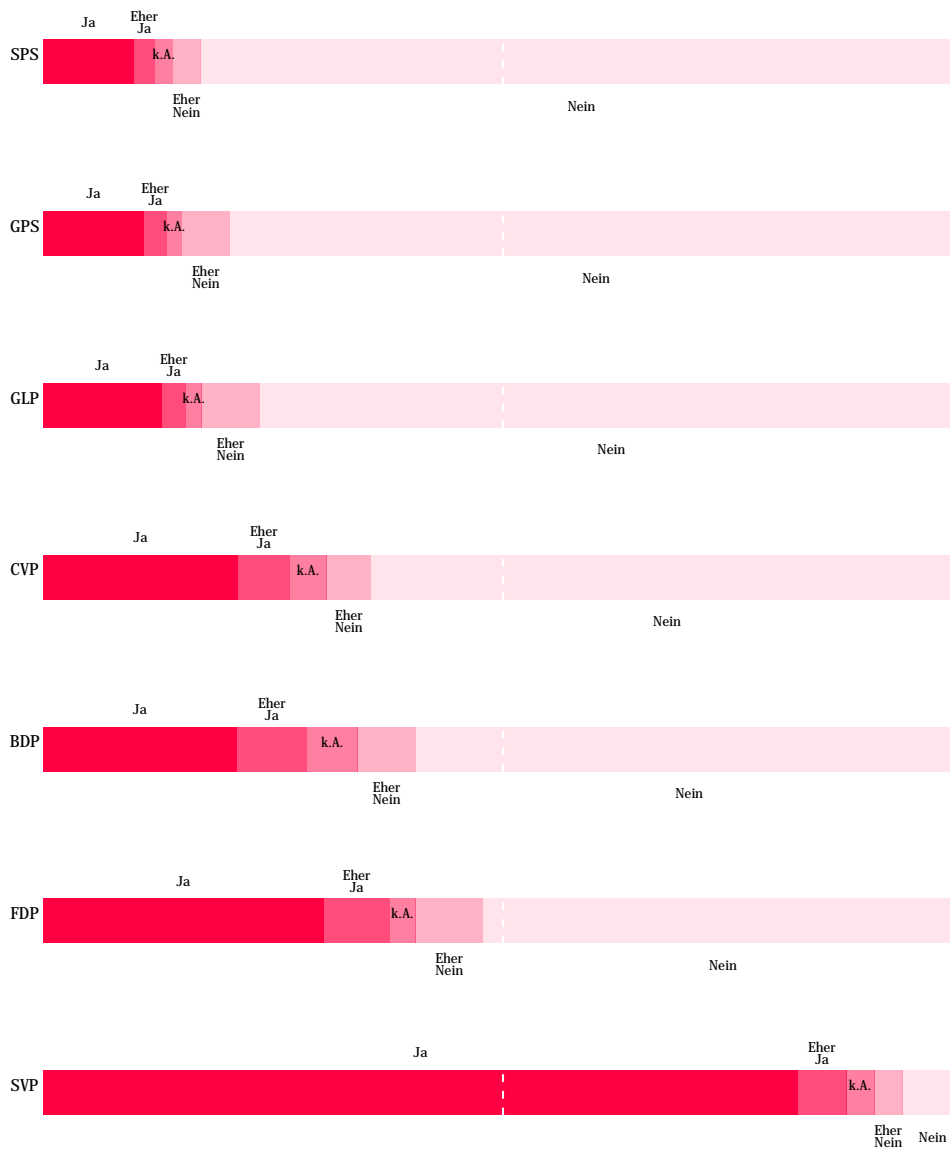
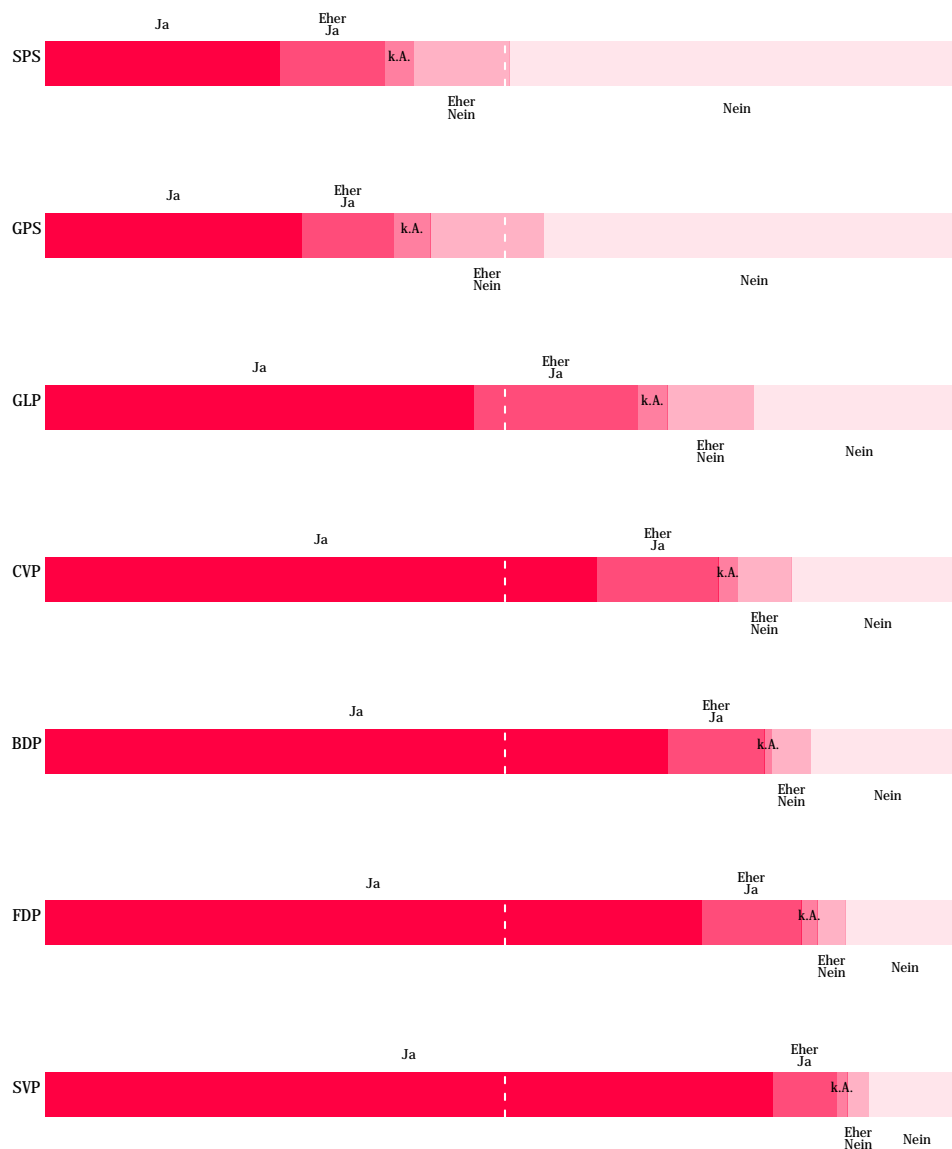


Tabelle 12: Werden Sie für das Gesetz zur Überwachung von Versicherten stimmen?

	FDP	CVP	SP	SVP	GPS	BDP	GLP
Ja	71	60	25	79	28	67	47
Eher Ja	11	13	12	7	10	11	18
Eher Nein	3	6	10	2	12	4	9
Nein	13	19	50	10	46	17	23
Keine Angabe	2	2	3	2	4	1	3
Statistische Unschärfe (±)	3	5	3	3	5	7	6



5 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 13: Werden Sie für die Hornkuh-Initiative stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	35	40
Eher Ja	13	14
Eher Nein	10	10
Nein	37	28
Keine Angabe	5	8
Statistische Unschärfe (±)	2	2



Tabelle 14: Werden Sie für die Selbstbestimmungs-Initiative stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	42	36
Eher Ja	4	6
Eher Nein	4	5
Nein	48	48
Keine Angabe	2	5
Statistische Unschärfe (±)	2	2

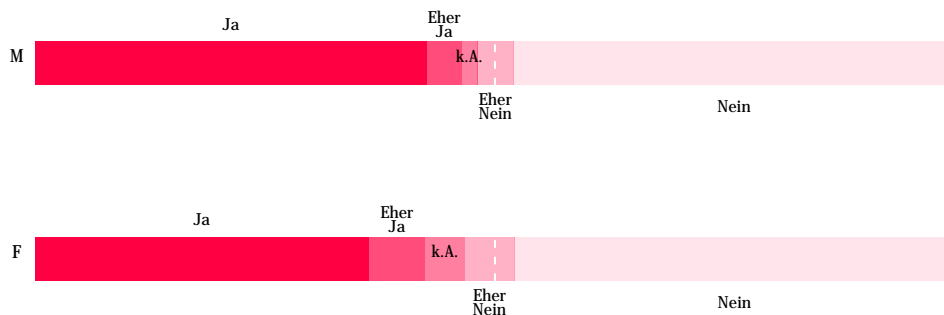


Tabelle 15: Werden Sie für das Gesetz zur Überwachung von Versicherten stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	60	56
Eher Ja	10	11
Eher Nein	4	7
Nein	24	23
Keine Angabe	2	3
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2



6 Unterstützung nach Alter

Tabelle 16: Werden Sie für die Hornkuh-Initiative stimmen?

	18-34	35-49	50-64	über 65
Ja	27	32	43	47
Eher Ja	17	15	11	11
Eher Nein	13	12	9	6
Nein	32	32	32	33
Keine Angabe	11	9	5	3
Statistische Unschärfe (±)	3	3	2	3

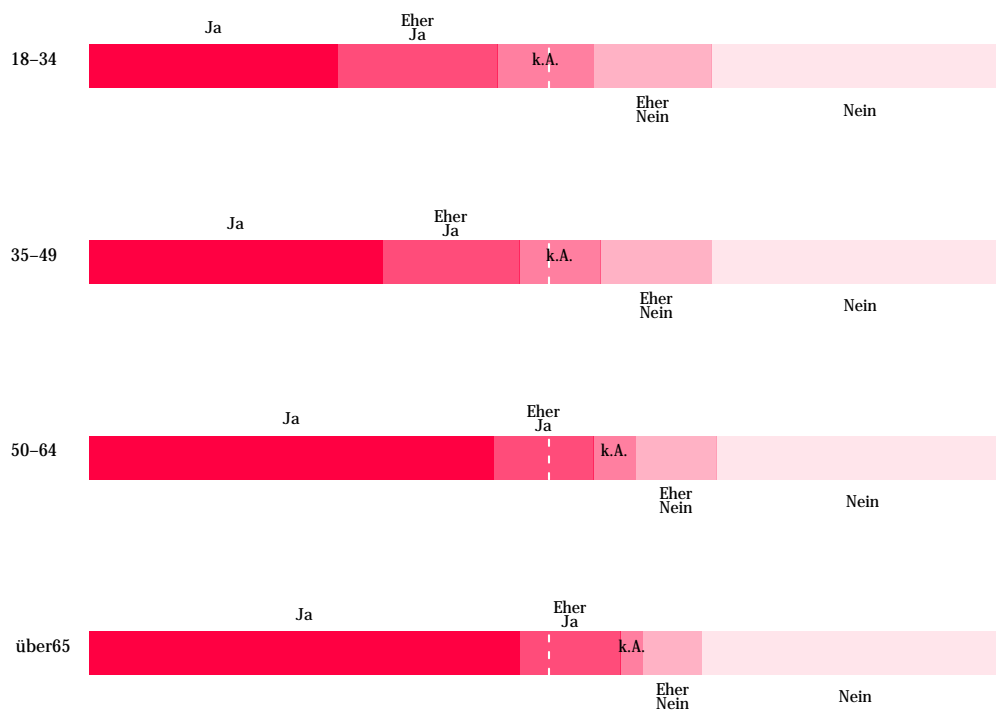


Tabelle 17: Werden Sie für die Selbstbestimmungs-Initiative stimmen?

	18-34	35-49	50-64	über 65
Ja	35	41	45	36
Eher Ja	6	5	5	3
Eher Nein	6	5	4	4
Nein	48	45	44	56
Keine Angabe	5	4	2	1
Statistische Unschärfe (±)	3	3	2	3



Tabelle 18: Werden Sie für das Gesetz zur Überwachung von Versicherten stimmen?

	18-34	35-49	50-64	über 65
Ja	50	56	59	66
Eher Ja	14	10	8	9
Eher Nein	8	5	5	5
Nein	24	26	25	19
Keine Angabe	4	3	3	1
Statistische Unschärfe (±)	3	3	2	3



7 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 19: Werden Sie für die Hornkuh-Initiative stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	38	35	35
Eher Ja	13	16	12
Eher Nein	10	10	10
Nein	33	31	34
Keine Angabe	6	8	9
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2	7

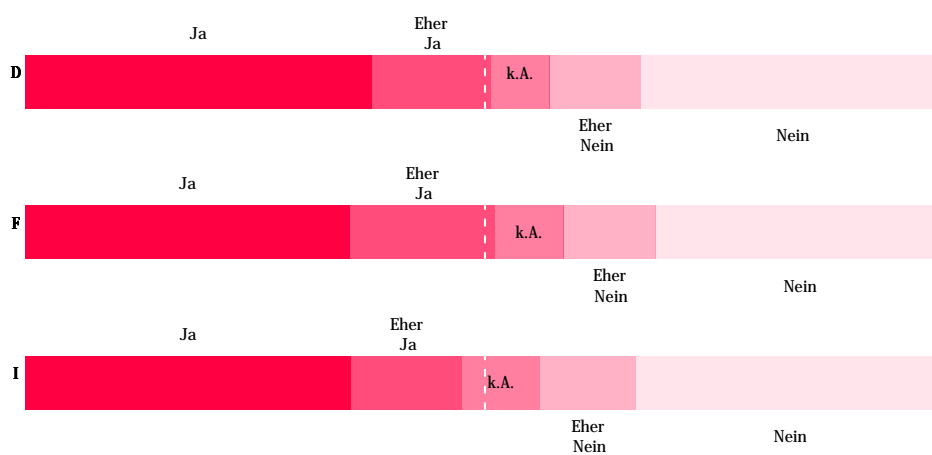


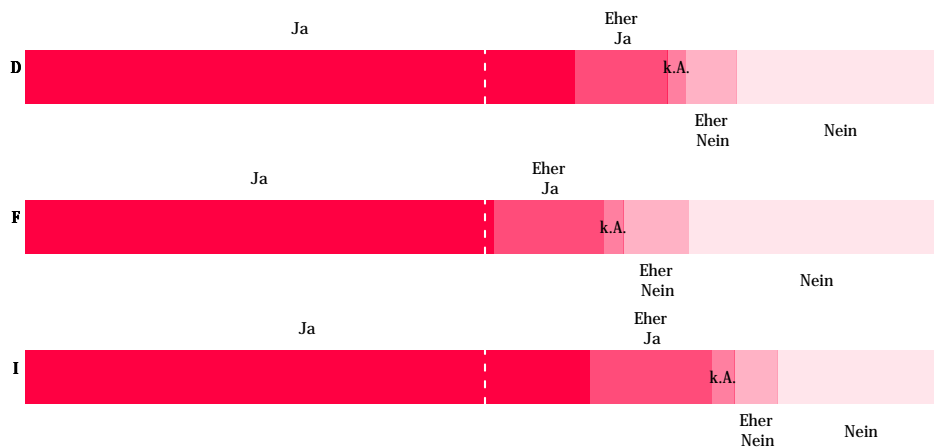
Tabelle 20: Werden Sie für die Selbstbestimmungs-Initiative stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	40	39	44
Eher Ja	5	6	7
Eher Nein	4	5	5
Nein	48	47	40
Keine Angabe	3	3	4
Statistische Unschärfe (±)	2	2	7



Tabelle 21: Werden Sie für das Gesetz zur Überwachung von Versicherten stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	60	51	61
Eher Ja	10	12	13
Eher Nein	5	7	5
Nein	23	28	18
Keine Angabe	2	2	3
Statistische Unschärfe (±)	2	2	7



8 Technische Details

Stichprobe: Die folgenden Resultate basieren auf 13'630 UmfrageteilnehmerInnen (10'137 aus der Deutschschweiz, 2'960 aus der Romandie und 533 aus dem Tessin).

Stichprobenfehler: Wie bei allen gewichteten oder ungewichteten Umfragen weist diese Umfrage einen Fehlerbereich aus. Auf einem α Niveau von 5% liegt der maximale Fehlerbereich bei dieser Umfrage bei $\pm 1.4\%$ -Punkten für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe.

Erhebungszeitraum: Die Umfrage war vom 25. – 26. Oktober 2018 online zugänglich. Die bereinigten Daten wurden für die Analyse nach demographischen, geographischen und politischen Variablen gewichtet.

9 Statistische Unschärfe

Jede Schätzung, die auf einer Stichprobe basiert, enthält eine statistische Unschärfe. Der Stichprobenfehler, der für die ganze Umfrage angegeben ist, gilt nur für die Auswertungen der ganzen Stichprobe. Bei Analysen nach Untergruppen (bspw. nach Parteien) ist die Anzahl Antworten kleiner was die statistische Unschärfe vergrössert.

Als Lesebeispiel diskutieren wir unten die Unterstützung des Energiegesetzes gemäss der 1. Umfrage-Welle (siehe [Tabelle 22](#), ursprünglich publiziert im Bericht vom 10. April 2017). Die Unschärfe ist am kleinsten für die deutschsprachige Schweiz, da die meisten Befragten Teil dieser Gruppe sind. Der Stichprobenfehler für die italienische Schweiz ist mit $\pm 10\%$ gross, da deutlich weniger Tessiner an der Umfrage teilgenommen haben. Wie werden diese Ergebnisse nun gelesen? In der Deutschschweiz beträgt die Unterstützung 52% (45% + 7%) und der Stichprobenfehler liegt bei 2%. Hätten wir die Umfrage 100 mal wiederholt, würden wir erwarten, dass bei 95 Umfragen ein Mittelwert zwischen 50% und 54% resultiert. Dieses Intervall (definiert durch den "Unterstützungswert" \pm "Stichprobenfehler") wird als Konfidenzintervall bezeichnet. Je grösser der Stichprobenfehler, desto grösser wird dieses Intervall.

Tabelle 22: Werden Sie das Energiegesetz annehmen? (erste Welle, Bericht 10.4.2017)

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	45	54	47
Eher Ja	7	15	15
Eher Nein	7	5	12
Nein	39	22	21
Habe mich noch nicht entschieden	2	4	5
Statistische Unschärfe (\pm)	2	5	10

Weshalb ist das wichtig? Auf Basis obiger Daten lässt sich gut behaupten, dass die Unterstützung in der Deutschschweiz tiefer liegt als in der Westschweiz. Die selbe Aussage über die Unterstützung in der Westschweiz (69%) und der italienischen Schweiz (62%) wäre aber nicht zulässig. Für die Westschweiz ist die untere Grenze des Konfidenzintervalls bei 64% (die obere bei 74%), während die obere Grenze für die italienische Schweiz bei 72% liegt (und die untere bei 52%). Die beiden Konfidenzintervalle überlappen sich also und es ist daher kein signifikanter Unterschied zwischen der Unterstützung in der Westschweiz und der italienischen Schweiz festzumachen. Anders gesagt: Nichts in den Daten weist darauf hin, dass die Unterstützung in der Westschweiz tatsächlich höher ist als in der italienischen Schweiz.¹ Die angegebene statistische Unschärfe erlaubt es also zu beurteilen, bei welchen Vergleichen man von Unterschieden in der Unterstützung gesprochen werden kann und welche innerhalb der Unschärfe liegen.

10 Modellbasierte oder designbasierte Umfragen?

Die Standardmethode von Telefonumfragen baute lange Zeit auf der Theorie der Zufallsstichprobe auf. Aus der Stimmbevölkerung wird eine “repräsentative” Stichprobe von 1,000 bis 1,500 Befragten interviewt. Wenn die Stichprobe tatsächlich zufällig generiert wurde—das heisst, alle StimmbürgerInnen haben dieselbe Teilnahmewahrscheinlichkeit—ist die Analyse der Daten vergleichsweise einfach, präzise und robust: Die Unterstützung in der Stichprobe für eine Vorlage kann direkt auf die Stimmbevölkerung extrapoliert werden (wobei noch die Unsicherheit berechnet wird). Die Vorteile der Standardmethode sind die wenigen Annahmen in der Datenauswertung und die elegante theoretische Fundierung. Dieser Ansatz, der in seiner Grundstruktur seit den 1930er Jahren verwendet wird, wird als *designbasierte* Umfrage bezeichnet.

Die Herausforderung (oder Achillesferse) liegt im Generieren einer repräsentativen Zufallsstichprobe. Theoretisch sollte jede Wählerin die gleiche Wahrscheinlichkeit haben, in der Stichprobe interviewt zu werden. In der Praxis ist das wegen Problemen im Abdeckungsgrad und der Nicht-Teilnahme an Umfragen nicht der Fall. Massgebend ist neben der Auswahl der Stichprobe die Erreichbarkeit und Nicht-Teilnahme (bzw. Verweigerung) der Personen, die kontaktiert werden. In aktuellen Telefonumfragen bleiben bis zu 90% der Anrufe unbeantwortet. Über die Jahre ist die Verweigerung und Nicht-Erreichbarkeit deutlich gestiegen (vor 15 Jahren war die Ausschöpfungsquote noch rund doppelt so gut).² Problematisch ist die hohe Nicht-Erreichbarkeit und Verweigerung, weil sich die relativ wenig Personen, welche an den Umfragen teilnehmen, systematisch von der grossen Mehrheit unterscheiden, die auch hätte interviewt werden sollten.

Aufgrund dieser Probleme hat sich eine Alternative zu den designbasierten Umfragen entwickelt

¹Dies ist eine konservative Annäherung - korrekterweise ist dieser Unterschied dann nicht signifikant, falls die Differenz der beiden Mittelwerte kleiner als 1.96 mal die Quadratwurzel der Summe der quadrierten Stichprobenfehler ist. Die Regel oben ist aber einfach in der Anwendung und konservativ, d.h. man behauptet nie fälschlicherweise, dass ein Unterschied existiert, wenn er nicht signifikant ist.

²Bei der VOX 107 (siehe Technischer Bericht vom 10.7.2012) beispielsweise wurden von 14'331 zufällig generierten und gültigen Telefonnummern 1'507 Personen befragt (Ausschöpfung = 10.5%). In der VOX 72 (siehe Technischer Bericht vom 15.12.2000) war die Ausschöpfungsquote bei 19.5% (1'024 verwendbare Interviews bei 5'244 gültigen Ursprungsnummern) und in der VOX 62 (siehe Technischer Bericht vom 22.10.1997) bei 23% (1'001 verwendbare Interviews bei 4'374 gültigen Ursprungsnummern).



- die *modellbasierte* Umfrage. In diesem Ansatz wird nicht mehr angenommen, dass die Stichprobe repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist, sondern modelliert die Gesamtbevölkerung. Gewichtete Umfragen sind Teil dieses modellbasierten Ansatzes. Die gewichtete Analyse von grossen Onlinestichproben folgt nicht der Theorie der Zufallsstichprobe. Anstatt eine relativ kleine Stichprobe auszuwerten—die über ein Zufallsverfahren hätte zustande kommen sollen—, werden Verzerrungen in Online-Stichproben akzeptiert, aber ausgeglichen. Dabei werden politische, geographische und demographische Informationen in einem mehrstufigen Verfahren analysiert.

In gewichteten Umfragen werden Idealtypen gebildet, bspw. 18-35 jährige Bernerinnen, die in der Stadt wohnt und einen Hochschulabschluss haben. In einem weiteren Schritt werden für die Idealtypen die durchschnittliche Unterstützung zu einer Frage bestimmt. Im letzten Schritt werden die einzelnen Idealtypen entsprechend ihrer Häufigkeit in der Bevölkerung gewichtet. Das erlaubt in einem weiteren Schritt ein gewichtetes Mittel zu schätzen.³ Auch dieser Ansatz basiert auf Annahmen - eine Annahme ist beispielsweise, dass die 18-35 jährigen Bernerinnen, die Befragt werden für diese spezifische Gruppe repräsentativ sind. Die genauen Details unterscheiden sich, zahlreiche grosse Meinungsforschungsunternehmen setzen jedoch auf diese Verfahren wie z.B. YouGov welches die politischen Umfragen für die New York Times und den Fernsehsender CBS durchführt.

Fazit: Die Stärke der designbasierten Umfrage liegt in den wenigen Annahmen bezüglich der Auswertung der Daten. Ob die Theorie der Zufallsstichprobe anwendbar ist, hängt von der Stichprobe ab. Die Schwierigkeiten über Telefoninterviews eine repräsentative Zufallsstichprobe zu generieren haben stark zugenommen. Einige Massnahmen, wie zum Beispiel die Berücksichtigung von Mobilnummern und die Auswahl der Kontaktpersonen mittels "random digitling", verbessern zwar den Abdeckungsgrad, lösen aber das Hauptproblem nicht — nämlich die steigende Nicht-Erreichbarkeit und Verweigerung. Die zunehmend genutzte Alternative dazu sind modellbasierte Umfragen.

³Eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen beiden Ansätzen finden Sie hier: Ansolabehere, Stephen, and Douglas Rivers. "Cooperative Survey Research" *Annual Review of Political Science* 16: 307–329. Der Aufsatz kann hier gelesen werden: <http://www.annualreviews.org/doi/abs/10.1146/annurev-polisci-022811-160625>



11 Bisherige Umfragen und Vergleich mit Endergebnis

Die Qualität von Umfragen zu bestimmen ist kein leichtes Unterfangen, da die Unterstützung von Vorlagen sich über die Zeit ändert. Die folgenden Daten hier erlauben jeder Leserin und jedem Leser sich ein eigenes Bild zu machen.

Es gibt zwei mögliche Ansätze, um Umfragen mit dem letztendlichen Abstimmungsergebnis zu vergleichen. Im ersten Ansatz wird die letzte Umfrage vor der Abstimmung mit dem Abstimmungsergebnis verglichen. Dieser Vergleich ist informativ unter der Annahme, dass sich die Meinungen in den letzten zwei bis drei Wochen zwischen der letzten Umfragewelle und der Abstimmung nicht mehr ändern. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, die letzten beiden Umfragewellen linear zu extrapolieren. Dieser zweite Ansatz geht davon aus, dass der Meinungswandel konstant ist und sich auch im Zeitraum zwischen der letzten Umfragewelle und der Abstimmung fortsetzt. Beide Ansätze beruhen auf Annahmen. Ob die jeweilige Annahme in einem konkreten Fall zutrifft oder nicht ist eine empirische Frage. Im folgenden werden beide Gegenüberstellungen präsentiert.

Tabelle 23: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat

Vorlage	Tamedia Ja %	SRG Trendumfrage Ja %	Abstimmungsergebnis	Näher am Abstimmungsergebnis
Masseneinwanderung	49	43	50	Tamedia
FABI	46	56	62	SRG Trendumfrage
Abtreibung	28	36	30	Tamedia
Gripen	43	44	47	SRG Trendumfrage
Pädophilen Initiative	66	59	64	Tamedia
Mindestlohn	30	30	24	Tamedia/SRG Trendumfrage
Med. Grundversorgung	76	71	88	Tamedia
Öffentliche KK	48	38	38	SRG Trendumfrage
MWST Gastro	37	41	29	Tamedia
Pauschalbesteuerung	44	42	41	SRG Trendumfrage
Ecopop	36	39	26	Tamedia
Gold	28	38	23	Tamedia
Familieninitiative	39	40	25	Tamedia
Energieinitiative	12	19	8	Tamedia
Erbschaftsteuer	29	34	29	Tamedia
Präimplantationsdiagnostik	56	46	62	Tamedia
Radio & TV Gesetz	41	43	50	SRG Trendumfrage
Stipendieninitiative	39	38	28	SRG Trendumfrage
Durchsetzungsinitiative	43	46	41	Tamedia
Zweite Gotthardröhre	54	56	57	SRG Trendumfrage
Heiratsstrafe abschaffen	49	53	49	Tamedia
Skeplationsstopp	39	31	40	Tamedia
Asylgesetz	55	60	67	SRG Trendumfrage
Milchkuh	41	40	29	SRG Trendumfrage
Bedingungsloses Grundeinkommen	37	26	23	SRG Trendumfrage
Pro Service Public	48	40	32	SRG Trendumfrage
FPMG	55	keine Umfrage	62	×
Grüne Wirtschaft	42	51	32	Tamedia
AHVplus	49	41	41	SRG Trendumfrage
NDG	58	53	67	Tamedia
Atomausstieg	57	48	46	SRG Trendumfrage
Erleichterte Einbürgerung	55	66	60	Tamedia
Finanzierung Strassenverkehr	60	62	62	SRG Trendumfrage
USR III	45	45	41	Tamedia/SRG Trendumfrage
Energiegesetz	53	56	58	SRG Trendumfrage
Ernährungssicherheit	67	69	79	SRG Trendumfrage
MWST AHV	51	50	50	SRG Trendumfrage
Altersvorsorge	48	51	47	Tamedia
Vollgeld	29	34	24	Tamedia
Geldspielgesetz	55	58	73	SRG Trendumfrage
Fair Food	43	53	39	Tamedia
Ernährungssouveränität	39	49	32	Tamedia
Gegenentwurf Velo	57	69	74	SRG Trendumfrage

Wird die letzte Umfrage vor den Abstimmungen mit dem Endergebnis verglichen (siehe Tabelle 23), liegt die Tamedia Abstimmungsumfrage in der Hälfte aller Abstimmungen näher am amtlichen Endergebnis als die SRG Trendumfrage. Bei diesem Kriterium sind Tamedia-Umfragen in 54% näher am amtlichen Ergebnis als die SRG Trendumfragen.

Ein weiterer Vergleich besteht darin, die letzten zwei Umfragewellen linear zu extrapolieren – dies wird normalerweise als Trend bezeichnet. In Tabelle 24 sind die letzten beiden Umfragewellen abgebildet und das erwartete Ergebnis basierend auf dem linearen Trend. Damit dieser Vergleich valide ist bedarf es der Annahme, dass sich die Unterstützung im Laufe einer Kampagne linear zur Zeit verändert. Die Resultate sind bei dieser Gegenüberstellung deutlicher – in 59% der Fälle liegt der Tamedia-Abstimmungstrend näher am amtlichen Ergebnis als die SRG Trendumfrage.

Tabelle 24: Lineare Projektion und tatsächliches Resultat

Vorlage	SRG Trendumfrage		Tamedia		Projektion		Näher am Abstimmungsergebnis
	≈ 7 W vor Abstimmung	≈ 3 W vor Abstimmung	≈ 5 W vor Abstimmung	≈ 2 W vor Abstimmung	SRG Trendumfrage	Tamedia	
Masseneinwanderung	37	43	×	49	47.5	×	×
FABI	56	56	×	46	56.0	×	×
Abtreibung	35	36	×	28	36.8	×	×
Gripen	42	44	36	43	45.5	47.7	Tamedia
Pädophile	74	59	72	66	47.8	62.0	Tamedia
Mindestlohn	40	30	35	30	22.5	26.7	SRG Trendumfrage
Med Grundversorgung	66	71	75	76	74.8	76.7	Tamedia
Oeffentliche KK	40	38	49	48	36.5	47.3	SRG Trendumfrage
MWST Restaurant	41	41	46	37	41.0	31.0	Tamedia
Pauschalbesteuerung	48	42	49	44	37.5	40.7	Tamedia
Ecopop	35	39	46	36	42.0	29.3	Tamedia
Gold	44	38	38	28	33.5	21.3	Tamedia
EnergieMWSt	29	19	13	12	11.5	11.3	Tamedia
Familien	52	40	57	39	31.0	27.0	Tamedia
Erbsteuer	38	34	27	29	31.0	30.3	Tamedia
PID	40	46	37	56	50.5	68.7	Tamedia
RTVG	46	43	36	41	40.8	44.3	Tamedia
Stipendien	49	38	47	39	29.8	33.7	SRG Trendumfrage
Durchsetzung	51	46	51	43	42.25	37.7	SRG Trendumfrage
Gotthardtunnel	64	56	56	54	50.0	52.7	Tamedia
CVP Heiratsinitiative	67	53	61	49	42.5	41.0	SRG Trendumfrage
Spekulationsstopp JUSO	48	31	40	39	18.3	38.3	Tamedia
AsylG	59	60	49	55	60.8	59.0	SRG Trendumfrage
Milchkuh	42	40	51	41	38.5	34.3	Tamedia
bdgsl GrundEink	24	26	33	37	27.5	39.7	SRG Trendumfrage
Pro Service Public	58	46	59	48	37.0	40.7	SRG Trendumfrage
FPMG	×	×	48	55	×	59.7	×
Grüne Wirtschaft	61	51	48	42	43.5	38.0	Tamedia
AHVplus	49	40	54	49	33.3	45.7	Tamedia
NDG	58	53	59	58	49.3	57.3	Tamedia
AtomAusstieg	57	48	56	57	41.3	57.7	SRG Trendumfrage
Erleichterte Einbürgerung	74	66	51	55	60.0	57.7	SRG Trendumfrage
Finanzierung Strassenverkehr	60	62	52	60	63.5	65.3	SRG Trendumfrage
USR III	50	45	44	45	41.3	45.7	SRG Trendumfrage
Energiegesetz	61	56	55	53	52.3	51.7	SRG Trendumfrage
Ernährungssicherheit	65	69	63	67	72	69.7	SRG Trendumfrage
MWST AHV	53	50	51	51	47.8	51	Tamedia
Altersvorsorge	53	51	47	48	49.5	48.7	Tamedia
Vollgeld	35	34	39	29	33.3	22.3	Tamedia
Geldspielgesetz	52	58	47	55	62.5	60.3	SRG Trendumfrage
Fair Food	78	53	55	43	34.3	35	Tamedia
Ernährungssouveränität	75	49	53	39	29.5	29.7	Tamedia
Gegenentwurf Velo	64	69	50	57	72.8	61.7	SRG Trendumfrage

Beide Vergleiche – basierend auf unterschiedlichen Annahmen – weisen aber in dieselbe Richtung: Die Tamedia Abstimmungsumfragen sind im Vergleich sehr gut und schneiden mindestens so gut, wenn nicht besser ab, als alternative Umfragen - können im Einzelfall aber, wie jede Umfrage, vom Ergebnis abweichen.



Konzeption und Durchführung der Tamedia Abstimmungsumfrage

Die vorliegende Umfrage wurde von der LeeWas GmbH in Zusammenarbeit mit Tamedia entwickelt und durchgeführt. Die LeeWas GmbH ist auf Umfragen und datengestützte Serviceleistungen spezialisiert.

LeeWas GmbH

LeeWas wurde von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen als Spinoff ihrer gemeinsamen Forschungstätigkeit gegründet. Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen beschäftigen sich seit Jahren mit den modernsten Methoden der Umfrageforschung und haben dazu auch in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. www.leewas.ch

Autoren

Lucas Leemann ist Assistenzprofessor an der Universität Zürich. Vorher hat er am University College London und an der University of Essex gearbeitet. Er hat seine Doktorarbeit an der Columbia Universität geschrieben und unterrichtet komplexe statistische Anwendungen an verschiedenen Universitäten (University College London, Essex, Zürich, Waseda Tokio, Wien).

Fabio Wasserfallen ist Associate Professor an der Universität Salzburg. Er hat seine Doktorarbeit an der Universität Zürich geschrieben, habilitierte an der Universität Salzburg und war für einjährige Forschungsaufenthalte in Harvard und Princeton. Zur Zeit ko-kordiniert er das Horizon 2020 Projekt "EMU Choices", welches die politischen Zusammenhänge der Eurokrise untersucht.

Über Tamedia

Tamedia ist die führende private Schweizer Mediengruppe. Die Digitalplattformen, Tages- und Wochenzeitungen und Zeitschriften von Tamedia bieten Überblick, Einordnung und Selektion. Das 1893 gegründete Unternehmen beschäftigt rund 3'700 Mitarbeitende in der Schweiz, Dänemark, Luxemburg, Deutschland und Österreich und ist seit 2000 an der Schweizer Börse kotiert.

www.tamedia.ch

Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung oder allfällige Verbesserungsvorschläge und Ideen. Senden Sie eine E-mail an info@leewas.ch.

